

ANHANG II

Allgemeine Bedingungen für von der Europäischen Union finanzierte Zuschussverträge für Maßnahmen im Außenbereich

INHALT

Die in den vorliegenden Allgemeinen Bedingungen verwendeten Begriffe werden in Anhang A1 des Handbuchs für Vergabeverfahren im Rahmen von EU-Außenmaßnahmen („Glossar“) erläutert.

Im Falle von Betriebskostenzuschüssen bezeichnet der Begriff „Maßnahme“ ein „Arbeitsprogramm“.

Der Begriff „Koordinator“ bezeichnet den in den Besonderen Bedingungen als Koordinator genannten Zuschussempfänger. Der Begriff „Zuschussempfänger“ bezeichnet als Sammelbegriff sämtliche Zuschussempfänger, einschließlich des Koordinators, im Rahmen der Maßnahme. Gibt es nur einen einzigen Zuschussempfänger, so bezeichnen die Begriffe „Zuschussempfänger“ und „Koordinator“ nur den Zuschussempfänger im Rahmen der Maßnahme.

Der Begriff „Vertragsparteien“ bezeichnet die Unterzeichner dieses Vertrag (d. h. die Zuschussempfänger und den öffentlichen Auftraggeber).

Alle in diesem Vertrag genannten Tage sind Kalendertage, sofern nichts anderes festgelegt ist.

1. Artikel 1 - Allgemeine Bestimmungen	2
2. Artikel 2 – Pflicht zur Übermittlung von Finanzberichten und beschreibenden Berichten.....	4
3. Artikel 3 – Haftung	4
4. Artikel 4 – Interessenkonflikt.....	5
5. Artikel 5 – Vertraulichkeit	5
6. Artikel 6 – Sichtbarkeit	5
7. Artikel 7 – Eigentum an und Verwendung von Ergebnissen und Vermögenswerten	6
8. Artikel 8 – Evaluierung / Überwachung der Massnahme	7
9. Artikel 9 – Änderung des Vertrags.....	7
10. Artikel 10 - Durchführung.....	8
11. Artikel 11 – Verlängerung und Aussetzung	8
12. Artikel 12 – Kündigung des Vertrages.....	10
13. Artikel 13 – Geltendes Recht und Beilegung von Streitigkeiten	12
14. Artikel 14 - Förderfähige Kosten	13
15. Artikel 15 – Zahlungen und Verzugszinsen	16
16. Artikel 16 – Buchführung und technische und finanzielle Kontrolle.....	21
17. Artikel 17 – Endgültiger Zuschussbetrag	24
18. Artikel 18 Einziehung zu Unrecht gezahlter Beträge.....	25

ALLGEMEINE UND VERWALTUNGSBESTIMMUNGEN

1. ARTIKEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Allgemeine Grundsätze

- 1.1. Nur die Zuschussempfänger und der öffentliche Auftraggeber sind Vertragsparteien dieses Vertrags. Ist die Europäische Kommission nicht der öffentliche Auftraggeber, so ist sie nicht Vertragspartei dieses Vertrags, mit dem ihr nur die in diesem Vertrag ausdrücklich genannten Rechte und Pflichten übertragen werden.
- 1.2. Dieser Vertrag und die damit zusammenhängenden Zahlungen dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers in keiner Weise einem Dritten abgetreten werden.

Datenschutz

- 1.3. Personenbezogene Daten werden einzig und allein zum Zweck der Erfüllung, Verwaltung und Überwachung des Vertrags durch den öffentlichen Auftraggeber verarbeitet und können auch den Stellen übermittelt werden, die nach Maßgabe des Unionsrechts Überwachungs- oder Überprüfungsaufgaben wahrnehmen. Die Zuschussempfänger haben das Recht, auf ihre personenbezogenen Daten zuzugreifen und sie gegebenenfalls zu berichtigen. Bei etwaigen Fragen zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten müssen sich die Zuschussempfänger an den öffentlichen Auftraggeber wenden. Die Zuschussempfänger können jederzeit beim Europäischen Datenschutzbeauftragten Beschwerde einlegen.
- 1.4. Die Zuschussempfänger beschränken den Zugriff auf und die Verwendung von personenbezogenen Daten auf das für die Erfüllung, Verwaltung und Überwachung dieses Vertrags erforderliche Maß und treffen die erforderlichen technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen, um die strengste Vertraulichkeit zu wahren und den Zugang zu diesen Daten zu begrenzen.

Rolle der Zuschussempfänger

- 1.5. Die Zuschussempfänger
 - a) führen die Maßnahme gemeinsam gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber durch und treffen dabei alle notwendigen und angemessenen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Durchführung dieser Maßnahme im Einklang mit der Beschreibung der Maßnahme in Anhang I und den Bedingungen dieses Vertrags erfolgt.

Zu diesem Zweck führen die Zuschussempfänger die Maßnahme mit der notwendigen Sorgfalt, Effizienz und Transparenz und entsprechend dem Grundsatz der wirtschaftlichen Haushaltsführung und den im jeweiligen Bereich bewährten Methoden durch;
 - b) sind für die Erfüllung jeder Verpflichtung verantwortlich, die ihnen gemeinsam oder einzeln aus diesem Vertrag erwächst;
 - c) übermitteln dem Koordinator sowohl die Daten, die für die Erstellung der nach diesem Vertrag erforderlichen Berichte, Abrechnungen und sonstigen Unterlagen sowie der dazu gehörigen Anhänge notwendig sind, als auch Informationen, die für Prüfungen, Kontrollen, Überwachungsmaßnahmen oder Evaluierungen nach Artikel 16 benötigt werden;

- d) stellen sicher, dass sämtliche dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegenden Informationen und Anträge über den Koordinator geleitet werden;
- e) verständigen sich auf interne Regelungen für die Koordinierung der Zuschussempfänger und ihre Vertretung gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber in allen diesen Vertrag betreffenden Fragen im Einklang mit den Bestimmungen dieses Vertrags.

Rolle des Koordinators

1.6. Der Koordinator

- a) überwacht, dass die Maßnahme im Einklang mit diesem Vertrag durchgeführt wird, und gewährleistet die Koordinierung mit allen Zuschussempfängern bei der Durchführung der Maßnahme;
- b) agiert als Vermittler für die Kommunikation zwischen den Zuschussempfängern und dem öffentlichen Auftraggeber;
- c) ist dafür zuständig, dem öffentlichen Auftraggeber sämtliche Unterlagen und Informationen, insbesondere Zahlungsanträge, zu übermitteln, die im Rahmen des Vertrags benötigt werden. Müssen die Zuschussempfänger Informationen vorlegen, so ist der Koordinator dafür zuständig, diese Informationen anzufordern, zu prüfen und zusammenzustellen und anschließend an den öffentlichen Auftraggeber weiterzuleiten.

Bei der Weiterleitung von Informationen und bei der Stellung von Anträgen an den öffentlichen Auftraggeber durch den Koordinator wird davon ausgegangen, dass dies mit Zustimmung aller Zuschussempfänger geschieht;

- d) unterrichtet den öffentlichen Auftraggeber über Vorkommnisse, die Durchführung der Maßnahme beeinflussen oder verzögern könnten;
- e) unterrichtet den öffentlichen Arbeitgeber über jede Änderung der rechtlichen, finanziellen, technischen, organisatorischen oder Eigentumsverhältnisse eines Zuschussempfängers sowie über jede Änderung des Namens, der Anschrift oder des gesetzlichen Vertreters eines Zuschussempfängers;
- f) ist im Falle von Prüfungen, Kontrollen, Überwachungsmaßnahmen oder Evaluierungen nach Artikel 16 dafür zuständig, alle erforderlichen Unterlagen, einschließlich Rechnungslegungsunterlagen, Kopien der wichtigsten Belege und unterzeichnete Kopien jedes nach Artikel 10 geschlossenen Vertrags vorzulegen;
- g) trägt die volle finanzielle Verantwortung dafür, dass die Maßnahme im Einklang mit diesem Vertrag durchgeführt wird;
- h) trifft angemessene Regelungen für die Leistung - auf Anfrage - der finanziellen Sicherheitsleistung gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Besonderen Bedingungen;
- i) stellt Zahlungsanträge nach Maßgabe des Vertrags;
- j) handelt als alleiniger Empfänger - im Namen aller Zuschussempfänger - von Zahlungen des öffentlichen Auftraggebers. Der Koordinator stellt sicher, dass die entsprechenden Zahlungen an die Zuschussempfänger ohne ungerechtfertigte Verzögerung geleistet werden;
- k) überträgt diese Aufgaben weder ganz noch teilweise an die Zuschussempfänger oder sonstige Einrichtungen.

2. ARTIKEL 2 – PFLICHT ZUR ÜBERMITTLUNG VON FINANZBERICHTEN UND BESCHREIBENDEN BERICHTEN

2.1. Die Zuschussempfänger übermitteln dem öffentlichen Auftraggeber alle verlangten Informationen über die Durchführung der Maßnahme. Der Koordinator sammelt alle notwendigen Informationen und erstellt konsolidierte Zwischen- und Abschlussberichte. Diese Berichte

- a) betreffen die Maßnahme als Ganzes, unabhängig davon, welcher Teil vom öffentlichen Auftraggeber finanziert wird;
- b) bestehen aus einem beschreibenden Bericht und einem Finanzbericht und werden unter Verwendung der Muster in Anhang VI erstellt;
- c) enthalten eine umfassende Beschreibung aller Aspekte der Durchführung der Maßnahme im Berichtszeitraum, einschließlich – bei vereinfachten Kostenoptionen – die quantitativen und qualitativen Informationen, die erforderlich sind, um die Erfüllung der in den Besonderen Bedingungen festgelegten Erstattungsbedingungen nachzuweisen;
- d) werden in derselben Währung und Sprache erstellt wie dieser Vertrag;
- e) enthalten etwaige Aktualisierungen des in Artikel 6 Absatz 2 vorgesehenen Kommunikationsplans;
- f) enthalten alle einschlägigen Berichte, Veröffentlichungen, Pressemitteilungen und Aktualisierungen mit Bezug zu der Maßnahme.

2.2. Der Abschlussbericht

- a) deckt außerdem Zeiträume ab, die von den vorangegangenen Berichten nicht abgedeckt wurden, und
- b) enthält die Nachweise für die Eigentumsübertragung nach Artikel 7 Absatz 5.

2.3. Zusätzliche Anforderungen an die Berichterstattung können in den Besonderen Bedingungen festgelegt werden.

2.4. Der öffentliche Auftraggeber kann jederzeit zusätzliche Informationen anfordern. Der Koordinator stellt diese Informationen innerhalb von 30 Tagen nach der Anforderung in der jeweiligen Vertragssprache zur Verfügung.

2.5. Die Berichte werden zusammen mit den Zahlungsanträgen im Einklang mit Artikel 15 vorgelegt. Versäumt es der Koordinator, innerhalb der gesetzten Frist einen Bericht vorzulegen oder zusätzliche vom öffentlichen Auftraggeber angeforderte Informationen bereitzustellen, und gibt er dafür keine hinreichende schriftliche Begründung, so kann der öffentliche Auftraggeber diesen Vertrag nach Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a und f kündigen.

3. ARTIKEL 3 – HAFTUNG

3.1. Der öffentliche Auftraggeber haftet unter keinen Umständen und aus keinem Grund für Verletzungen des Personals oder Schäden am Eigentum der Zuschussempfänger, die während der Durchführung der Maßnahme oder als Folge der Maßnahme entstehen. Der öffentliche Auftraggeber kann daher Ansprüche auf Schadenersatz oder Erhöhung der Zahlungen im Zusammenhang mit diesen Schäden oder Verletzungen nicht anerkennen.

- 3.2. Die Zuschussempfänger haften allein gegenüber Dritten, unter anderem für Schäden und Verletzungen jeder Art, die diesen während der Durchführung der Maßnahme oder als Folge der Maßnahme entstehen. Die Zuschussempfänger befreien den öffentlichen Auftraggeber von jeder Haftung im Zusammenhang mit Ansprüchen oder Klagen wegen Verstoßes der Zuschussempfänger, ihrer Mitarbeiter oder von Personen, für die diese Mitarbeiter verantwortlich sind, gegen Regeln oder Vorschriften oder wegen Verletzung der Rechte Dritter.

4. ARTIKEL 4 – INTERESSENKONFLIKT

- 4.1. Die Zuschussempfänger treffen alle nötigen Vorkehrungen, um eine Situation zu vermeiden oder zu beenden, die eine unparteiische und objektive Vertragserfüllung beeinträchtigen könnte. Ein Interessenkonflikt kann sich insbesondere aus einem wirtschaftlichen Interesse, aus politischer Affinität oder nationalen Bindungen, familiären oder freundschaftlichen Beziehungen sowie sonstigen Interessenverwicklungen ergeben. Ergeben sich im Zuge der Vertragserfüllung derartige Interessenkonflikte, so sind diese dem öffentlichen Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 4.2. Ergeben sich im Zuge der Vertragserfüllung derartige Interessenkonflikte, so sind diese dem öffentlichen Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der Koordinator trifft umgehend alle nötigen Vorkehrungen, um diesen Interessenkonflikt zu beseitigen.
- 4.3. Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen auf ihre Angemessenheit hin zu prüfen und erforderlichenfalls zusätzliche Maßnahmen zu verlangen.
- 4.4. Die Zuschussempfänger tragen dafür Sorge, dass ihre Mitarbeiter und ihre Geschäftsleitung nicht in einen Interessenkonflikt geraten. Unbeschadet ihrer Pflichten nach diesem Vertrag ersetzen die Zuschussempfänger jeden Mitarbeiter, der sich in einer solchen Situation befindet, unverzüglich ohne Entschädigung durch den öffentlichen Auftraggeber.

5. ARTIKEL 5 – VERTRAULICHKEIT

- 5.1. Vorbehaltlich des Artikels 16 verpflichten sich der öffentliche Auftraggeber und die Zuschussempfänger, die Vertraulichkeit aller Informationen jeglicher Art zur wahren, die schriftlich oder mündlich im Zusammenhang mit der Erfüllung dieses Vertrags zur Verfügung gestellt und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren nach Zahlung des Restbetrags schriftlich als vertraulich eingestuft werden.
- 5.2. Wenn nichts anderes mit dem öffentlichen Auftraggeber vereinbart wird, verwenden die Zuschussempfänger vertrauliche Informationen ausschließlich zum Zwecke der Erfüllung ihrer Pflichten nach diesem Vertrag.
- 5.3. Ist die Europäische Kommission nicht der öffentliche Auftraggeber, so hat sie dennoch Zugang zu allen dem öffentlichen Auftraggeber übermittelten Unterlagen und wahrt in gleichem Maße die Vertraulichkeit.

6. ARTIKEL 6 – SICHTBARKEIT

- 6.1. Sofern die Europäische Kommission nicht etwas anderem zustimmt oder etwas anderes verlangt, unternehmen die Zuschussempfänger alle notwendigen Schritte, um bekannt zu machen, dass die Europäische Union die Maßnahme finanziert oder kofinanziert hat. Diese Maßnahmen entsprechen dem von der Europäischen Kommission verfassten und veröffentlichten Handbuch für Kommunikation und Sichtbarkeit bei EU-Außenmaßnahmen, das unter folgender Internetadresse aufgerufen werden kann:

- 6.2. Der Koordinator legt der Europäischen Kommission einen Kommunikationsplan zur Genehmigung vor und berichtet nach Maßgabe des Artikels 2 über dessen Umsetzung.
- 6.3. Insbesondere erwähnen die Zuschussempfänger die Maßnahme und den Finanzbeitrag der Europäischen Union in den Informationen für die Endempfänger der Maßnahme, in ihren internen und Jahresberichten und im Umgang mit den Medien. Soweit möglich verwenden sie das EU-Logo.
- 6.4. In Bekanntmachungen und Veröffentlichungen der Zuschussempfänger über die Maßnahme, auch auf Konferenzen oder in Seminaren, ist anzugeben, dass die Maßnahme mit Mitteln der Europäischen Union finanziert worden ist. Veröffentlichungen der Zuschussempfänger in jeder Form und auf jedem Träger, einschließlich des Internets, müssen folgende Erklärung enthalten: „Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Für seinen Inhalt ist allein < Name des Zuschussempfängers > verantwortlich; es gibt nicht den Standpunkt der Europäischen Union wieder.“
- 6.5. Die Zuschussempfänger gestatten dem öffentlichen Auftraggeber und der Europäischen Kommission (falls diese nicht der öffentliche Auftraggeber ist), ihren Namen und ihre Anschrift, ihre Nationalität, den Zweck des Zuschusses, die Dauer und den Ort, den Höchstbetrag des Zuschusses und seinen Anteil an der Finanzierung der Kosten der Maßnahme im Sinne des Artikels 3 der Besonderen Bedingungen zu veröffentlichen. Auf die Veröffentlichung dieser Angaben kann ausnahmsweise verzichtet werden, wenn sie die Zuschussempfänger in Gefahr bringen oder ihren Geschäftsinteressen schaden könnte.

7. ARTIKEL 7 – EIGENTUM AN UND VERWENDUNG VON ERGEBNISSEN UND VERMÖGENSWERTEN

- 7.1. Die Zuschussempfänger erwerben das Eigentum und die Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum, an den Ergebnissen der Maßnahme und an den damit zusammenhängenden Berichten und sonstigen Unterlagen, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist.
- 7.2. Unbeschadet des Artikels 7 Absatz 1 räumen die Zuschussempfänger dem öffentlichen Auftraggeber (und der Europäischen Kommission, falls diese nicht der öffentliche Auftraggeber ist) das Recht ein, alle Unterlagen, die Ergebnis der Maßnahme sind, unabhängig von ihrer Form frei und nach eigenem Ermessen zu verwenden und insbesondere zu speichern, zu ändern, zu übersetzen, auszustellen, durch jedes beliebige technische Verfahren zu verbreiten und zu reproduzieren, zu veröffentlichen oder über ein beliebiges Medium der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- 7.3. Die Zuschussempfänger stellen sicher, dass sie über alle Rechte zur Nutzung bereits bestehender Rechte an geistigem Eigentum verfügen, die für die Erfüllung dieses Vertrags erforderlich sind.
- 7.4. Werden erkennbare natürliche Personen auf Fotografien oder in Filmen gezeigt, so nimmt der Koordinator in den Abschlussbericht für den öffentlichen Auftraggeber eine Erklärung dieser Personen auf, in der diese ihre Zustimmung zur beschriebenen Nutzung ihrer Bilder erteilen. Diese Bestimmung gilt nicht für an öffentlichen Plätzen aufgenommene Fotografien oder Filme, bei denen die Identifizierung der dort zufällig abgebildeten Personen nur hypothetisch möglich ist, und nicht für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die bei der Ausübung ihres Amtes aufgenommen werden.
- 7.5. Haben die Zuschussempfänger ihren Sitz nicht in dem Land, in dem die Maßnahme durchgeführt wird, so wird das Eigentum an den Ausrüstungsgegenständen, Fahrzeugen

und Waren, die aus dem Budget für die Maßnahme bezahlt worden sind, spätestens bei Vorlage des Abschlussberichts den örtlichen Zuschussempfängern und den mit ihnen verbundenen Rechtspersonen und/oder den Endbegünstigten der Maßnahme übertragen, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist. Kopien der Nachweise für die Übertragung des Eigentums an Ausrüstungsgegenständen und Fahrzeugen, deren Anschaffungskosten mehr als 5000 EUR pro Stück betragen haben, werden dem Abschlussbericht beigelegt. In allen übrigen Fällen bewahren die Zuschussempfänger diese Nachweise für Kontrollzwecke auf.

8. ARTIKEL 8 – EVALUIERUNG / ÜBERWACHUNG DER MASSNAHME

- 8.1. Für den Fall, dass die Europäische Kommission eine Zwischen- oder Ex-post-Evaluierung vornimmt oder eine Überwachungsmission durchführt, verpflichtet sich der Koordinator, ihr bzw. den von ihr bevollmächtigten Personen Unterlagen oder Informationen zur Verfügung zu stellen, die bei der Evaluierung oder der Überwachungsmission nützlich sind, und ihnen den in Artikel 16 beschriebenen Zugang zu gewähren.
- 8.2. Nehmen die Zuschussempfänger oder die Europäische Kommission während der Durchführung der Maßnahme eine Evaluierung vor oder geben sie eine Evaluierung in Auftrag, so stellen sie der jeweils anderen Vertragspartei eine Kopie des Evaluierungsberichts zur Verfügung.

9. ARTIKEL 9 – ÄNDERUNG DES VERTRAGS

- 9.1. Änderungen des Vertrags, einschließlich seiner Anhänge, werden in einem Nachtrag schriftlich vereinbart. Dieser Vertrag kann nur während seines Durchführungszeitraums geändert werden.
- 9.2. Eine Änderung des Vertrags, durch die die Entscheidung über die Zuschussvergabe in Frage gestellt würde oder die mit der Gleichbehandlung der Antragsteller nicht vereinbar wäre, darf mit dem Nachtrag weder bezweckt noch bewirkt werden. Der in Artikel 3 Absatz 2 der Besonderen Bedingungen festgelegte Höchstbetrag des Zuschusses darf nicht erhöht werden.
- 9.3. Beantragen die Zuschussempfänger eine Änderung, so legt der Koordinator dem Auftraggeber dreißig Tage vor dem Tag, an dem die Änderung in Kraft treten soll, einen hinreichend begründeten Antrag vor, es sei denn, es liegen besondere Umstände vor, die hinreichend begründet sind und vom öffentlichen Auftraggeber anerkannt werden.
- 9.4. Beeinträchtigt eine Änderung des Budgets oder der Beschreibung der Maßnahme jedoch nicht den Hauptzweck der Maßnahme und beschränken sich die finanziellen Auswirkungen auf eine Mittelübertragung zwischen Posten derselben Budgetlinie, einschließlich der Streichung oder der Einfügung eines Postens, oder auf eine Mittelübertragung zwischen Hauptbudgetlinien in Höhe von höchstens 25 % des bei der betreffenden Hauptbudgetlinie für förderfähige Kosten ursprünglich eingesetzten (oder durch Zusatzvertrag geänderten) Betrags, so kann der Koordinator das Budget ändern, muss dies aber dem öffentlichen Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitteilen. Diese Methode darf nicht zur Änderung der Haushaltslinien für indirekte Kosten, die Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben, Sachleistungen oder für die Beträge oder Sätze der vereinfachten Kostenoptionen verwendet werden.
- 9.5. Eine Änderung der Anschrift oder ein Wechsel des Bankkontos oder des Rechnungsprüfers wird dem öffentlichen Auftraggeber vom Koordinator mitgeteilt. In hinreichend begründeten Fällen kann der öffentliche Auftraggeber gegen die vom Koordinator getroffene Wahl Widerspruch zu erheben.
- 9.6. Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Ersatz des in Artikel 5 Absatz 2 der Besonderen Bedingungen genannten Rechnungsprüfers zu verlangen, wenn

Umstände, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags nicht bekannt waren, Zweifel an der Unabhängigkeit oder der fachlichen Kompetenz des Rechnungsprüfers aufkommen lassen.

10. ARTIKEL 10 - DURCHFÜHRUNG

Ausführungsverträge

- 10.1. Müssen die Zuschussempfänger zur Durchführung der Maßnahme Ausführungsverträge schließen, so dürfen diese nur einen begrenzten Teil der Maßnahme betreffen, und es sind die Vergabeverfahren und die Staatsangehörigkeits- und Ursprungsregeln in Anhang IV dieses Vertrags zu beachten.
- 10.2. Die Zuschussempfänger tragen außerdem dafür Sorge, dass die Auftragnehmer, mit denen ein Ausführungsvertrag geschlossen wird, die Artikel 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 16 dieses Vertrags einhalten.
- 10.3. In seinem Bericht an den öffentlichen Auftraggeber macht der Koordinator umfassende Angaben zu den vergebenen Ausführungsverträgen.

Finanzielle Unterstützung Dritter

- 10.4. Um die Verwirklichung der Ziele der Maßnahme zu unterstützen und insbesondere in jenen Fällen, in denen die Durchführung einer Maßnahme erfordert, dass Dritten finanzielle Unterstützung gewährt wird, können die Zuschussempfänger Zuschüsse untervergeben, sofern dies in den Besonderen Bedingungen vorgesehen ist.
- 10.5. Der Höchstbetrag eines an einen Dritten untervergebenen Zuschusses beträgt 60 000 EUR je Dritten, es sei denn, der Hauptzweck der Maßnahmen besteht in der Weitergabe des Zuschusses.
- 10.6. Die Beschreibung der Maßnahme enthält - im Einklang mit den diesbezüglichen Anweisungen des öffentlichen Auftraggebers - eine Definition der für eine finanzielle Unterstützung in Betracht kommenden Einrichtungen und eine erschöpfende Liste sämtlicher Arten von Tätigkeiten, die für eine finanzielle Unterstützung in Betracht kommen können. In der Beschreibung werden außerdem die Kriterien für die Auswahl der Empfänger dieser finanziellen Unterstützung, einschließlich der Kriterien für die Bestimmung des genauen Umfangs dieser Unterstützung, festgelegt. Die Zuschussempfänger beachten die Ursprungs- und Staatsangehörigkeitsregeln nach Anhang IV dieses Vertrags.
- 10.7. In seinem Bericht an den öffentlichen Auftraggeber macht der Koordinator umfassende und ausführliche Angaben zur Vertragsvergabe und zur Durchführung aller etwaigen Ausführungsverträge und Verträge über die Untervergabe von Zuschüssen. Diese Berichte enthalten u. a. Informationen über die Vergabeverfahren, die Identität der nachgeordneten Zuschussempfänger, die Höhe des Zuschusses, die zu erwartenden Ergebnisse, die durchgeführten Maßnahmen, die aufgetretenen Probleme und die entsprechenden Lösungen sowie einen vorläufigen Zeitplan für die noch durchzuführenden Maßnahmen.
- 10.8. Die Zuschussempfänger tragen außerdem dafür Sorge, dass die nachgeordneten Zuschussempfänger die Artikel 3, 4, 5, 6, 7, 8, 14 und 16 dieses Vertrags einhalten.

11. ARTIKEL 11 – VERLÄNGERUNG UND AUSSETZUNG

Verlängerung

- 11.1. Der Koordinator unterrichtet den öffentlichen Auftraggeber unverzüglich über Umstände, die die Durchführung der Maßnahme behindern oder verzögern könnten. Der Koordinator kann gemäß Artikel 9 eine Verlängerung des in Artikel 2 der Besonderen Bedingungen festgelegten Durchführungszeitraums beantragen. Dem Antrag werden alle für seine Prüfung erforderlichen Belege beigelegt.

Aussetzung durch den Koordinator

- 11.2. Der Koordinator kann die Durchführung der Maßnahme ganz oder teilweise aussetzen, wenn die Durchführung aufgrund besonderer Umstände (vor allem höhere Gewalt) zu schwierig oder zu gefährlich ist. Der Koordinator unterrichtet den öffentlichen Auftraggeber unverzüglich unter Nennung der Art, der voraussichtlichen Dauer und der zu erwartenden Auswirkungen der Aussetzung.
- 11.3. Der Koordinator oder der öffentliche Auftraggeber kann diesen Vertrag dann nach Artikel 12 Absatz 1 kündigen. Wird der Vertrag nicht gekündigt, so bemühen sich die Zuschussempfänger, die Dauer der Aussetzung möglichst kurz und den möglichen Schaden möglichst gering zu halten; sie nehmen die Durchführung wieder auf, sobald die Umstände es erlauben, und teilen dies dem öffentlichen Auftraggeber mit.

Aussetzung durch den öffentlichen Auftraggeber

- 11.4. Der öffentliche Auftraggeber kann vom Zuschussempfänger verlangen, die Durchführung der Maßnahme ganz oder teilweise auszusetzen, wenn die Durchführung aufgrund besonderer Umstände (vor allem höhere Gewalt) zu schwierig oder zu gefährlich ist. Zu diesem Zweck unterrichtet der öffentliche Arbeitgeber den Koordinator über die Art und mögliche Dauer der Aussetzung.
- 11.5. Der Koordinator oder der öffentliche Auftraggeber kann diesen Vertrag dann nach Artikel 12 Absatz 1 kündigen. Wird der Vertrag nicht gekündigt, so bemühen sich die Zuschussempfänger, die Dauer der Aussetzung möglichst kurz und den möglichen Schaden möglichst gering zu halten; sie nehmen die Durchführung wieder auf, sobald die Umstände es erlauben, und nachdem der öffentliche Auftraggeber seine Zustimmung erteilt hat.
- 11.6. Der öffentliche Auftraggeber kann die Durchführung der Maßnahme oder die Teilnahme der Zuschussempfänger an diesem Vertrag erforderlichenfalls aussetzen, um zu prüfen,
- a) ob bei der Zuschussvergabe oder bei der Durchführung der Maßnahme gravierende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen wurden,
 - b) oder ob die Zuschussempfänger gegen eine wesentliche Pflicht aus diesem Vertrag verstoßen haben.
- 11.7. Der Koordinator stellt sämtliche angeforderten Informationen, Klarstellungen oder Unterlagen innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des entsprechenden Ersuchens des öffentlichen Auftraggebers bereit. Stellt sich trotz der vom Koordinator bereitgestellten Informationen, Klarstellungen oder Unterlagen heraus, dass beim Vergabeverfahren oder bei der Durchführung der Maßnahme schwere Fehler oder Unregelmäßigkeiten begangen wurden oder Betrug oder Pflichtverletzungen vorliegen, so kann der öffentliche Auftraggeber nach Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe h diesen Vertrag kündigen.

Höhere Gewalt

- 11.8. Als „höhere Gewalt“ im Sinne dieses Vertrags gelten unabwendbare Ereignisse, Streiks, Aussperrungen oder sonstige Betriebsunruhen, Handlungen von Staatsfeinden, erklärte und nicht erklärte Kriege, Blockaden, Aufstände, Aufruhr, Epidemien, Erdbeben, Erdbeben, Stürme, Blitzschlag, Überschwemmungen, Unterspülungen, Störungen der

öffentlichen Ordnung oder Explosionen, die sich dem Einfluss der beiden Parteien entziehen und deren Ende keine der beiden Parteien trotz gebührender Beachtung der Sorgfaltspflicht herbeiführen kann. Ein Beschluss der Europäischen Union zur Aussetzung der Zusammenarbeit mit dem Empfängerland gilt als „höhere Gewalt“, wenn er zur Aussetzung der Finanzierung im Rahmen dieses Vertrags führt.

- 11.9. Werden die Zuschussempfänger durch höhere Gewalt an der Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen gehindert, so gilt dies nicht als Nichterfüllung.

Verlängerung des Durchführungszeitraums nach einer Aussetzung

- 11.10. Im Falle einer Aussetzung nach Artikel 11 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 11 Absatz 6 wird der Zeitraum für die Durchführung der Maßnahme um einen der Dauer der Aussetzung entsprechenden Zeitraum verlängert, unbeschadet der Vertragsänderungen, die erforderlich sein könnten, um die Maßnahme an die neuen Durchführungsbedingungen anzupassen. Artikel 11 Absatz 10 gilt nicht im Falle einer Betriebskostenhilfe.

12. ARTIKEL 12 – KÜNDIGUNG DES VERTRAGES

Kündigung im Falle höherer Gewalt

- 12.1. Ist der Koordinator oder der öffentliche Auftraggeber in den in Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 11 Absatz 4 vorgesehenen Fällen der Ansicht, dass dieser Vertrag nicht mehr in effizienter oder angemessener Weise ausgeführt werden kann, so hält er Rücksprache mit dem jeweils anderen. Wird keine Einigung über eine Lösung erzielt, so können der Koordinator oder der öffentliche Auftraggeber den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten schriftlich kündigen, ohne schadenersatzpflichtig zu sein.

Kündigung durch den öffentlichen Auftraggeber

- 12.2. Unbeschadet des Artikels 12 Absatz 1 kann der öffentliche Auftraggeber nach Rücksprache mit dem Koordinator diesen Vertrag kündigen oder die Teilnahme eines Zuschussempfängers an diesem Vertrag ohne Entschädigung beenden, wenn

- a) die Zuschussempfänger eine wesentliche Verpflichtung aus diesem Vertrag, die ihnen einzeln oder gemeinsam obliegt, ohne Begründung nicht erfüllen und innerhalb von 30 Tagen nach Absendung eines Schreibens, in dem ihnen eine Frist für die Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen gesetzt wurde, weder dieser Aufforderung nachkommen, noch eine zufriedenstellende Erklärung abgeben;
- b) die Zuschussempfänger sich in Konkurs oder in Liquidation befinden, ihre Angelegenheiten von einem gerichtlich bestellten Verwalter besorgt werden, sie einen Vergleich mit ihren Gläubigern geschlossen oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt haben, gegen sie ein entsprechendes Verfahren eingeleitet worden ist oder sie sich aufgrund eines in den Rechtsvorschriften ihres Landes vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer ähnlichen Lage befinden;
- c) die Zuschussempfänger oder verbundene Einrichtungen oder Personen aufgrund jedweden Beweismaterials eines Vergehens für schuldig befunden wurden, das ihre berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt;
- d) die Zuschussempfänger oder verbundene Einrichtungen oder Personen des Betrugs oder der Korruption schuldig sind oder sich an einer kriminellen Vereinigung, an Geldwäsche oder an einer anderen rechtswidrigen Tätigkeit zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union beteiligt haben;

- e) Änderungen der rechtlichen, finanziellen, technischen, organisatorischen oder der Eigentumsverhältnisse eines Zuschussempfängers oder die Beendigung der Teilnahme eines Zuschussempfängers die Ausführung dieses Vertrags substanziell beeinträchtigen oder die Entscheidung über die Vergabe des Zuschusses in Frage stellen;
- f) die Zuschussempfänger oder eine verbundene Person bei der Mitteilung der im Rahmen des Vergabeverfahrens oder der Durchführung der Maßnahme benötigten Auskünfte falsche Angaben machen oder die vom öffentlichen Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Maßnahmen verlangten Informationen nicht bzw. nicht innerhalb der in diesem Vertrag festgelegten Fristen bereitstellen;
- g) die Zuschussempfänger ihrer Pflicht zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen, Steuern oder sonstigen Abgaben nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, nicht nachgekommen sind;
- h) dem öffentlichen Auftraggeber Nachweise dafür vorliegen, dass die Zuschussempfänger oder eine verbundene Einrichtung oder Person im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren oder der Durchführung dieser Maßnahmen gravierende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen haben;
- i) ein Zuschussgeber von einer verwaltungsrechtlichen Sanktion nach Artikel 12 Absatz 8 betroffen ist;
- j) dem öffentlichen Auftraggeber Nachweise dafür vorliegen, dass sich ein Zuschussempfänger in einem Interessenkonflikt befindet;
- k) der Europäischen Kommission Nachweise dafür vorliegen, dass ein Zuschussempfänger im Zusammenhang mit anderen von der Europäischen Union finanzierten und diesem Zuschussempfänger zu ähnlichen Bedingungen gewährten Zuschüssen systematisch oder wiederholt Fehler oder Unregelmäßigkeiten begangen oder sich des Betrugs oder schwerer Pflichtverletzungen schuldig gemacht hat, vorausgesetzt, dass diese Fehler und Unregelmäßigkeiten, dieser Betrug oder diese schwere Pflichtverletzungen materielle Auswirkungen auf diesen Zuschuss haben.

12.3. In den unter Buchstabe c, d, f, h und k genannten Fällen ist unter „verbundene Person“ jede natürliche Person zu verstehen, die in Bezug auf die Zuschussempfänger über eine Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnis verfügt. Unter „verbundene Einrichtung“ ist insbesondere jede Einrichtung zu verstehen, die die in Artikel 1 der Siebten Richtlinie Nr. 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 festgelegten Kriterien erfüllt.

Kündigung der Teilnahme eines Zuschussempfängers durch den Koordinator

12.4. In hinreichend begründeten Fällen kann auch der Koordinator die Teilnahme eines Zuschussempfängers an diesem Vertrag kündigen. Zu diesem Zweck teilt der Koordinator dem öffentlichen Auftraggeber die Gründe für die Kündigung der Teilnahme des Zuschussempfängers und den Tag, an dem die Kündigung wirksam wird, mit und unterbreitet einen Vorschlag für die Neuzuweisung der Aufgaben des Zuschussempfängers, dessen Teilnahme gekündigt wurde, oder für dessen möglichen Ersatz. Der Vorschlag wird rechtzeitig vor dem Wirksamwerden der Kündigung unterbreitet. Stimmt der öffentliche Auftraggeber zu, so wird der Vertrag im Einklang mit Artikel 9 entsprechend geändert.

Abschlussstermin

- 12.5. Die Zahlungspflichten der Europäischen Union aus diesem Vertrag enden 18 Monate nach Ende des in Artikel 2 der Besonderen Bedingungen festgelegten Zeitraums für die Durchführung der Maßnahme, sofern der Vertrag nicht nach Artikel 12 gekündigt wird. Der öffentliche Auftraggeber teilt dem Koordinator jede Verschiebung des Abschlussstermins mit.
- 12.6. Der Vertrag wird automatisch beendet, wenn er innerhalb von drei Jahren nach seiner Unterzeichnung nicht zu einer Zahlung durch den öffentlichen Auftraggeber geführt hat.

Auswirkungen der Kündigung

- 12.7. Im Falle der Kündigung haben die Zuschussempfänger nur Anspruch auf Zahlung des Zuschusses für den durchgeführten Teil der Maßnahme, ohne die Kosten für Verpflichtungen, die erst nach dem Zeitpunkt der Kündigung zu erfüllen wären.

Zu diesem Zweck reicht der Koordinator innerhalb der in Artikel 15 Absatz 2 festgelegten Frist - beginnend am Tag der Kündigung - beim öffentlichen Auftraggeber einen Zahlungsantrag ein.

In den in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a, c, d, f, h, und k vorgesehenen Kündigungsfällen und in den Fällen, in denen die Maßnahme nicht bzw. schlecht, teilweise oder verspätet durchgeführt wird, kann der öffentliche Auftraggeber nach Rücksprache mit dem Koordinator je nach Schwere der Verfehlungen die volle oder teilweise Rückzahlung der bereits für die Maßnahme ausgezahlten Beträge fordern. Der öffentliche Auftraggeber kann auch beschließen, den ursprünglich vorgesehenen Zuschuss entsprechend der tatsächlichen Durchführung der Maßnahme nach den Bedingungen dieses Vertrags zu kürzen.

Verwaltungsrechtliche und finanzielle Sanktionen

- 12.8. Unbeschadet der Anwendung anderer im Vertrag vorgesehenen Abhilfen können Zuschussempfänger, die falsche Erklärungen abgegeben oder schwere Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen haben oder denen eine schwere Verletzung ihrer vertraglichen Pflichten nachgewiesen worden ist, im Einklang mit den Finanzvorschriften, die für Verträge im Rahmen des Haushalts oder des EEF gelten, für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Feststellung des Verstoßes, der in Rücksprache mit der Europäischen Kommission zu bestätigen ist, von allen vom öffentlichen Auftraggeber finanzierten Verträgen ausgeschlossen werden. Im Wiederholungsfall innerhalb von fünf Jahren nach dem ersten Verstoß kann die Ausschlussdauer auf zehn Jahre heraufgesetzt werden.
- 12.9. Zusätzlich oder als Alternative zu den in Artikel 12 Absatz 8 festgelegten Verwaltungssanktionen können den Zuschussempfängern auch finanzielle Sanktionen in Höhe von 2 bis 10 % des Gesamtwerts dieses Vertrages auferlegt werden. Bei Rückfälligkeit innerhalb von fünf Jahren nach dem ersten Verstoß kann dieser Satz auf 4 bis 20 % angehoben werden.
- 12.10. Die Europäische Kommission unterrichtet die Zuschussempfänger förmlich über jede Entscheidung zur Verhängung solcher Sanktionen.

13. ARTIKEL 13 – GELTENDES RECHT UND BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN

- 13.1. Für diesen Vertrag gilt das für das Land des öffentlichen Auftraggebers geltende Recht oder, wenn die Europäische Kommission öffentlicher Auftraggeber ist, das EU-Recht, das gegebenenfalls durch belgisches Recht ergänzt wird.

- 13.2. Die Vertragsparteien tun alles ihnen Mögliche, um Streitigkeiten, die während der Erfüllung dieses Vertrags auftreten, gütlich beizulegen. Zu diesem Zweck teilen sie einander ihren Standpunkt und die ihres Erachtens möglichen Lösungen schriftlich mit und treten auf Ersuchen einer Vertragspartei zusammen. Der Koordinator und der öffentliche Auftraggeber beantworten Ersuchen um eine gütliche Streitbeilegung innerhalb von 30 Tagen. Ist diese Frist abgelaufen oder hat der Versuch, eine gütliche Beilegung zu erzielen, nicht innerhalb von 120 Tagen nach dem ersten Ersuchen zu einer Einigung geführt, so kann der Koordinator oder der öffentliche Auftraggeber der jeweils anderen Vertragspartei mitteilen, dass er das Verfahren als gescheitert ansieht.
- 13.3. Im Falle des Scheiterns der gütlichen Beilegung kann die Streitigkeit im gegenseitigen Einvernehmen des Koordinators und des öffentlichen Auftraggebers der Europäischen Kommission zur Schlichtung vorgelegt werden, sofern diese nicht öffentlicher Auftraggeber ist. Wird innerhalb von 120 Tagen nach Einleitung des Schlichtungsverfahrens keine Einigung erzielt, so kann jede Vertragspartei der anderen mitteilen, dass sie das Verfahren als gescheitert ansieht.
- 13.4. Im Falle des Scheiterns der genannten Verfahren kann jede Vertragspartei dieses Vertrags die Streitigkeit den Gerichten des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder, wenn die Europäische Kommission Auftraggeber ist, den Brüsseler Gerichten vorlegen.

FINANZBESTIMMUNGEN

14. ARTIKEL 14 - FÖRDERFÄHIGE KOSTEN

Kriterien für die Förderfähigkeit von Kosten

- 14.1. Förderfähige Kosten sind die den Zuschussempfängern tatsächlich entstandenen Kosten, die die folgenden Voraussetzungen erfüllen:
- a) Sie fallen während der Durchführung der Maßnahme gemäß Artikel 2 der Besonderen Bedingungen an. Im Einzelnen:
 - (i) Kosten für Dienst- und Bauleistungen betreffen Kosten für Tätigkeiten während des Durchführungszeitraums. Kosten für Lieferungen betreffen Lieferungen und Installationsarbeiten während des Durchführungszeitraums. Die Unterzeichnung eines Vertrags, eine Bestellung oder die Übernahme einer Ausgabenverpflichtung während des Durchführungszeitraums für künftige Dienstleistungen, Bauleistungen oder Lieferungen nach Ablauf des Durchführungszeitraums erfüllen nicht dieses Erfordernis.
 - (ii) Die angefallenen Kosten sollten vor Vorlage der Abschlussberichte beglichen werden. Die Begleichung der Kosten kann auch danach erfolgen, vorausgesetzt, dass die Kosten im Abschlussbericht unter Angabe des voraussichtlichen Zahlungsdatums aufgelistet werden.
 - (iii) Ausgenommen davon sind Kosten im Zusammenhang mit dem Abschlussbericht, u. a. für Ausgabenprüfung, Rechnungsprüfung und Abschlussevaluierung der Maßnahmen, die möglicherweise nach Ablauf des Durchführungszeitraums anfallen.
 - (iv) Verfahren für die Auftragsvergabe gemäß Artikel 10 dürfen vor Beginn des Zeitraums für die Durchführung der Maßnahme eingeleitet und die Zuschussempfänger vor Beginn des Durchführungszeitraums Verträge

schließen, sofern die Bestimmungen des Anhangs IV eingehalten werden;

- b) sie werden im Gesamtbudget der Maßnahme ausgewiesen;
- c) sie sind für die Durchführung der Maßnahme erforderlich;
- d) sie sind identifizierbar und überprüfbar, werden insbesondere in den Büchern der Zuschussempfänger erfasst und auf der Grundlage der in dem Land, in dem diese ihren Sitz haben, geltenden Buchführungsstandards ermittelt sowie gemäß den üblichen Kostenrechnungsverfahren der Zuschussempfänger berechnet;
- e) sie erfüllen die Anforderungen der geltenden steuer- und sozialrechtlichen Bestimmungen;
- f) sie sind angemessen und gerechtfertigt und entsprechen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung, insbesondere hinsichtlich der Sparsamkeit und der Kosteneffizienz.

Förderfähige direkte Kosten

14.2. Vorbehaltlich des Artikels 14 Absatz 1 und gegebenenfalls der Einhaltung der Bestimmungen des Anhangs IV sind die folgenden direkten Kosten des Zuschussempfängers und seiner Partner förderfähig:

- a) Kosten für das mit der Maßnahme befasste Personal, die die tatsächlichen Bruttogehälter einschließlich der Sozialabgaben und der sonstigen vergütungsbezogenen Kosten umfassen; die Gehälter und Kosten übersteigen nicht die bei den Zuschussempfängern üblichen Gehälter und Kosten, es sei denn, es ist nachgewiesen, dass dies für die Durchführung der Maßnahme unerlässlich ist;
- b) Reise- und Aufenthaltskosten für die an der Maßnahme beteiligten Mitarbeiter und sonstigen Personen, sofern sie weder die bei den Zuschussempfängern bzw. deren Partnern üblichen Reise- und Aufenthaltskosten noch die von der Europäischen Kommission zum Zeitpunkt der Dienstreise veröffentlichten Sätze übersteigen;
- c) Kosten für den Erwerb von den Ausrüstungen und Waren (neu oder gebraucht) eigens für die Zwecke der Maßnahmen, vorausgesetzt, dass die Eigentumsrechte nach Abschluss der Maßnahme übertragen werden, sofern dies nach Artikel 7 Absatz 5 erforderlich ist;
- d) Kosten für Verbrauchsgüter;
- e) Kosten der Verträge, die von den Zuschussempfängern für die Zwecke der in Artikel 10 genannten Maßnahme vergeben werden;
- f) Kosten, die sich unmittelbar aus dem Vertrag ergeben (Verbreitung von Informationen, Evaluierung der Maßnahme, Prüfungen, Übersetzung, Vervielfältigung, Versicherung usw.), einschließlich der Kosten für Finanzdienstleistungen (insbesondere nach dem Vertrag erforderliche Kosten für Überweisungen und finanzielle Sicherheiten).
- g) Zölle, Steuern und Abgaben, einschließlich Mehrwertsteuer, die die Zuschussempfänger nicht zurückfordern können, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist;

- h) Gemeinkosten (im Falle eines Betriebskostenzuschusses).

Vereinfachte Kostenoptionen

- 14.3. Im Einklang mit den ausführlichen Bestimmungen in Anhang III können auch folgende Kostenoptionen – einzeln oder in Kombination miteinander – als förderfähige Kosten gelten:

- a) Einheitskosten,
- b) Pauschalbeträge,
- c) Finanzierung auf der Grundlage von Pauschalsätzen.

- 14.4. Die Methoden der Zahlungsempfänger zur Bestimmung von Stückkosten, Pauschalbeträgen und Pauschalsätzen werden in Anhang III klar beschrieben und begründet; sie werden so konzipiert, dass das Gewinnverbot geachtet und die doppelte Kostenfinanzierung vermieden wird. Die verwendeten Informationen können sich auf die früheren und/oder aktuellen Rechnungsführungs- und Kostenrechnungsdaten der Zuschussempfänger oder auf verfügbare und geeignete externe Daten stützen.

Im Rahmen vereinfachter Kostenoptionen geltend gemachte Kosten müssen die Förderfähigkeitskriterien nach Artikel 14 Absätze 1 und 2 erfüllen. Sie müssen nicht durch Buchungs- oder sonstige Belege - außer den zum Nachweis der Erfüllung der in den Anhängen I und III festgelegten Erstattungsbedingungen - nachgewiesen werden.

Diese Kosten dürfen keine nicht förderfähigen Kosten im Sinne von Artikel 14 Absatz 9 und keine unter anderen Haushaltsposten oder -linien dieses Vertrags angegebenen Kosten einschließen.

Die in Anhang III angegebenen Einheitskosten, Pauschalbeträge oder Pauschalsätze dürfen weder einseitig geändert noch im Rahmen von Ex-Post-Evaluierungen angefochten werden.

- 14.5. Die auf der Grundlage vereinfachter Kostenoptionen insgesamt finanzierten Kosten dürfen 60 000 EUR je Zuschussempfänger nicht übersteigen, sofern nichts anderes in den Besonderen Bedingungen festgelegt ist.

Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben

- 14.6. In das Budget für die Maßnahme kann für unvorhergesehene Ausgaben und/oder mögliche Wechselkursschwankungen eine Rückstellung von höchstens 5 % der förderfähigen direkten Kosten aufgenommen werden. Diese Rückstellung kann nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers in Anspruch genommen werden.

Indirekte Kosten

- 14.7. Indirekte Kosten sind förderfähige Kosten, die nicht entsprechend den Bedingungen für die Förderfähigkeit nach Artikel 14 Absatz 1 unmittelbar mit der Durchführung der Maßnahme zusammenhängen und dieser direkt zugeordnet werden können. Sie entstehen jedoch den Zuschussempfängern im Zusammenhang mit den förderfähigen direkten Kosten der Maßnahme. Diese Kosten dürfen keine nicht förderfähigen Kosten im Sinne von Artikel 14 Absatz 9 und keine unter anderen Haushaltsposten oder -linien dieses Vertrags angegebenen Kosten einschließen.

Ein fester Prozentsatz des Gesamtbetrags der förderfähigen direkten Kosten der Maßnahmen, der den in Artikel 3 der Besonderen Bedingungen festgelegten Prozentsatz

nicht übersteigt, kann beantragt werden, um die mit der Maßnahme verbundenen indirekten Kosten zu decken. Die pauschal geförderten indirekten Kosten müssen nicht durch Buchungsbelege nachgewiesen werden. Dieser Betrag wird dem Höchstbetrag der vereinfachten Kostenoptionen nicht angerechnet.

Bei einem Zuschuss für eine Maßnahme, der einem Zuschussempfänger gewährt wird, der bereits für den betreffenden Zeitraum eine aus dem Unionshaushalt finanzierte Betriebskostenhilfe erhält, sind die indirekten Kosten nicht förderfähig.

Artikel 14 Absatz 7 gilt nicht im Falle einer Betriebskostenhilfe.

Sachleistungen

- 14.8. Sachleistungen, die in Anhang III getrennt aufzuführen sind, stellen keine tatsächlichen Ausgaben dar und sind keine förderfähigen Kosten. Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, dürfen Sachleistungen nicht als Kofinanzierung durch die Zuschussempfänger behandelt werden.

Werden Sachleistungen als Kofinanzierung akzeptiert, so stellen die Zuschussempfänger sicher, dass sie den nationalen steuer- und sozialrechtlichen Bestimmungen entsprechen.

Sind die Sachleistungen in der Beschreibung der Maßnahme vorgesehen, so sind sie ungeachtet der vorstehenden Vorschriften zu erbringen.

Nicht förderfähige Kosten

- 14.9. Nicht förderfähig sind die folgenden Kosten:

- a) Verbindlichkeiten und damit verbundene Zinsen;
- b) Rückstellungen für Verluste oder mögliche künftige Verbindlichkeiten;
- c) von den Zuschussempfängern geltend gemachte Kosten, die durch eine andere Maßnahme oder ein anderes Arbeitsprogramm abgedeckt sind, die bzw. das durch Zuschüsse der EU (auch im Rahmen des EEF) finanziert werden;
- d) Erwerb von Immobilien, es sei denn, diese sind für die Durchführung der Maßnahme unmittelbar erforderlich; in diesem Fall ist das Eigentum gemäß Artikel 7 Absatz 5 spätestens bei Abschluss der Maßnahme den örtlichen Zuschussempfängern bzw. den Endbegünstigten der Maßnahme zu übertragen;
- e) Wechselkursverluste;
- f) Darlehen an Dritte, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist.

15. ARTIKEL 15 – ZAHLUNGEN UND VERZUGSZINSEN

Zahlungsabläufe

- 15.1. Der öffentliche Auftraggeber muss den Zuschuss gemäß Artikel 4 der Besonderen Bedingungen nach einem der folgenden Zahlungsverfahren an den Koordinator auszahlen.

Option 1: Maßnahmen mit einem Durchführungszeitraum von maximal 12 Monaten oder einem Zuschussvolumen von maximal 100 000 EUR

- (i) Zahlung einer ersten Vorfinanzierungsrate in Höhe von 80 % des in Artikel 3 Absatz 2 der Besonderen Bedingungen genannten Höchstbetrags (ohne Rückstellungen),
- (ii) Zahlung des Restbetrags des endgültigen Zuschussbetrags.

Option 2: Maßnahmen mit einem Durchführungszeitraum von mehr als 12 Monaten und einem Zuschussvolumen von mehr als 100 000 EUR

- (i) Zahlung einer ersten Vorfinanzierungsrate in Höhe von 100 % des vom öffentlichen Auftraggeber finanzierten Teils des voraussichtlichen Budgets für den ersten Berichtszeitraum (ohne Rückstellungen). Bei der Berechnung des vom öffentlichen Auftraggeber finanzierten Teils des Budgets wird der in Artikel 3 Absatz 2 angewandt;
- (ii) Zahlung weiterer Vorfinanzierungsraten in Höhe von 100 % des vom öffentlichen Auftraggeber finanzierten Teils des voraussichtlichen Budgets für den darauf folgenden Berichtszeitraum (ohne nicht genehmigte Rückstellungen);
 - der Berichtszeitraum ist ein Zeitraum von zwölf Monaten, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist. Bleiben bis zum Abschluss der Maßnahme bis zu 18 Monaten, so deckt der Berichtszeitraum diesen Zeitraum vollständig ab;
 - innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf des Berichtszeitraums legt der Koordinator einen Zwischenbericht vor oder, sollte er dazu nicht in der Lage sein, teilt dem öffentlichen Auftraggeber die Gründe dafür mit und legt eine Zusammenfassung über den Stand der Durchführung der Maßnahme vor;
 - liegt am Ende des Berichtszeitraums der vom öffentlichen Auftraggeber finanzierte Teil der tatsächlich entstandenen Ausgaben unter 70 % der vorangegangenen Zahlung (und unter 100 % der noch davor geleisteten Zahlungen), so wird die nächste Vorfinanzierungszahlung um einen Betrag gekürzt, der dem Differenzbetrag zwischen den 70 % der vorangegangenen Vorfinanzierungszahlungen und dem vom öffentlichen Auftraggeber finanzierten Teil der tatsächlich entstandenen Ausgaben entspricht;
 - der Koordinator kann vor Ablauf des Berichtszeitraums eine weitere Vorfinanzierungszahlung beantragen, wenn der vom öffentlichen Auftraggeber finanzierte Teil der tatsächlich entstandenen Ausgaben mehr als 70 % der vorangegangenen Zahlung (und unter 100 % der noch davor geleisteten Zahlungen) beträgt. In diesem Fall beginnt der nächste Berichtszeitraum ab dem Enddatum des von diesem Zahlungsantrag abgedeckten Zeitraums;
 - bei Zuschüssen im Wert von mindestens 5 000 000 EUR oder mehr kann eine weitere Vorfinanzierungszahlung nur dann geleistet werden, wenn der vom öffentlichen Auftraggeber finanzierte Teil der genehmigten förderfähigen Kosten mindestens dem Gesamtbetrag aller vorangegangenen Zahlungen – außer der zuletzt geleisteten – entspricht;
 - der Gesamtbetrag der Vorfinanzierungszahlungen darf 90 % des in Artikel 3 Absatz 2 der Besonderen Bedingungen genannten Betrages - ohne nicht genehmigte Rückstellungen - nicht übersteigen;

- (iii) Zahlung des Restbetrags des endgültigen Zuschussbetrags.

Option 3: Alle Maßnahmen

- (i) Zahlung des Restbetrags des endgültigen Zuschussbetrags.

Vorlage der Abschlussberichte

- 15.2. Der Koordinator übermittelt dem öffentlichen Auftraggeber den Abschlussbericht spätestens drei Monate nach Ende des in Artikel 2 der Besonderen Bedingungen festgelegten Durchführungszeitraums. Die Frist für die Vorlage des Abschlussberichts verlängert sich auf sechs Monate, wenn der Koordinator seinen Sitz nicht in dem Land hat, in dem die Maßnahme durchgeführt wird.

Zahlungsantrag

- 15.3. Der Zahlungsantrag wird unter Verwendung des Musters in Anhang V erstellt; ihm wird Folgendes beigelegt:
- a) ein beschreibender Bericht und ein Finanzbericht gemäß Artikel 2,
 - b) ein vorläufiger Finanzplan für den folgenden Berichtszeitraum im Falle eines Antrags auf weitere Vorfinanzierung,
 - c) ein Ausgabenprüfungsbericht oder eine detaillierte Aufschlüsselung der Ausgaben, falls erforderlich nach Artikel 15 Absatz 7.

Für die Zwecke der ersten Vorfinanzierungszahlung dient der unterzeichnete Vertrag als Zahlungsantrag. Dem wird eine finanzielle Sicherheit beigelegt, sofern nach den Besonderen Bedingungen erforderlich.

Mit der Zahlung wird weder die Ordnungsmäßigkeit noch die Authentizität, Vollständigkeit und Richtigkeit der vorgelegten Erklärungen und Informationen bestätigt.

Zahlungsfristen

- 15.4. Erste Vorfinanzierungszahlungen werden innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Zahlungsantrags beim öffentlichen Auftraggeber geleistet.

Weitere Vorfinanzierungszahlungen und Zahlungen des Restbetrags werden innerhalb von 60 Tagen nach Eingang des Zahlungsantrags beim öffentlichen Auftraggeber geleistet.

In den folgenden Fällen werden weitere Vorfinanzierungszahlungen und Zahlungen des Restbetrags innerhalb von 90 Tagen nach Eingang des Zahlungsantrags beim öffentlichen Auftraggeber geleistet, wenn

- a) es sich um einen einzigen Zuschussempfänger mit verbundenen Einrichtungen handelt,
- b) mehr als ein Zuschussempfänger Vertragspartei dieses Vertrags ist,
- c) die Kommission nicht der öffentliche Auftraggeber ist,
- d) der Zuschuss mehr als 5 000 000 EUR beträgt.

Der Zahlungsantrag gilt als angenommen, wenn innerhalb der oben genannten Fristen keine schriftliche Antwort des öffentlichen Auftraggebers erfolgt.

Aussetzung der Zahlungsfrist

- 15.5. Unbeschadet des Artikels 12 kann der öffentliche Auftraggeber die Zahlungsfristen aussetzen, indem er dem Koordinator mitteilt, dass
- a) der im Zahlungsantrag angegebene Betrag nicht fällig ist, oder
 - b) keine ordnungsgemäßen Belege vorgelegt wurden, oder
 - c) der öffentliche Auftraggeber um Klärung oder Änderung der beschreibenden Berichte oder der Finanzberichte oder um zusätzliche Informationen dazu ersuchen muss, oder
 - d) der öffentliche Auftraggeber zusätzliche Kontrollen, auch vor Ort, durchführen muss, um die Förderfähigkeit der Ausgaben zu bestätigen, oder
 - e) geprüft werden muss, ob es bei der Zuschussvergabe oder der Durchführung der Maßnahme schwere Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug gegeben hat, oder
 - f) geprüft werden muss, ob die Zuschussempfänger gegen eine wesentliche Pflicht aus diesem Vertrag verstoßen haben.

Die Aussetzung der Zahlungsfristen beginnt mit der obigen Mitteilung des öffentlichen Auftraggebers an den Koordinator. Die Zahlungsfristen beginnen an dem Tag wieder zu laufen, an dem ein korrekt formulierter Zahlungsantrag eingeht. Der Koordinator stellt alle angeforderten Informationen, Klarstellungen oder Unterlagen innerhalb von 30 Tagen nach der Anforderung bereit.

Ist der Zahlungsantrag trotz der vom Koordinator bereitgestellten Informationen, Klarstellungen oder Unterlagen nach wie vor unzulässig, oder wurden bei der Auftragsvergabe oder der Durchführung der Maßnahme schwere Fehler, Unregelmäßigkeiten, Betrug oder Pflichtverletzungen begangen, so kann der öffentliche Auftraggeber weitere Zahlungen verweigern und in den in Artikel 12 vorgesehenen Fällen diesen Vertrag entsprechend kündigen.

Darüber hinaus kann der öffentliche Auftraggeber vor oder anstelle der Kündigung dieses Vertrags nach Artikel 12 als Vorsichtsmaßnahmen die Zahlungen ohne Ankündigung aussetzen.

Verzugszinsen

- 15.6. Leistet der öffentliche Auftraggeber eine Zahlung an den Koordinator nach Ablauf der Frist, so zahlt er wie folgt Verzugszinsen:
- a) falls die Zahlungen in der Währung des Landes des öffentlichen Auftraggebers erfolgen, zum Rediskontsatz der Zentralbank dieses Landes,
 - b) falls die Zahlungen in EUR erfolgen, zu dem von der Europäischen Zentralbank bei ihren Hauptrefinanzierungsgeschäften in EUR zugrunde gelegten und in der Reihe C des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichten Zinssatz,

am ersten Tag des Monats, in dem die Frist abläuft, plus dreieinhalb Prozentpunkte. Die Zinsen sind fällig für den Zeitraum zwischen dem Ablauf der Zahlungsfrist und dem Tag der Belastung des Kontos des öffentlichen Auftraggebers.

Beträgt der gemäß dieser Bestimmung berechnete Zinsbetrag höchstens 200 EUR oder weniger, wird er dem Koordinator ausnahmsweise nur dann ausbezahlt, wenn dieser

innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt der verspäteten Zahlung einen entsprechenden Antrag stellt.

Die Verzugszinsen gelten nicht als Einnahmen im Sinne von Artikel 17 Absatz 2.

Artikel 15 Absatz 6 gilt nicht, wenn es sich beim Koordinator um einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einschließlich regionaler und lokaler Gebietskörperschaften oder sonstiger öffentlicher Einrichtungen, die zum Zwecke des Vertrags im Namen des Mitgliedstaates agieren, handelt.

Ausgabenprüfungsbericht

15.7. Der Koordinator muss für

- a) jeden Antrag auf weitere Vorfinanzierungszahlungen im Falle eines Zuschusses im Wert von mehr als 5 000 000 EUR und
- b) jeden Abschlussbericht im Fall eines Zuschusses im Wert von mehr als 100 000 EUR

einen Ausgabenprüfungsbericht vorlegen.

Der Ausgabenprüfungsbericht entspricht dem Muster in Anhang VII und wird von einem vom öffentlichen Auftraggeber genehmigten oder ausgewählten Rechnungsprüfer erstellt. Der Rechnungsprüfer erfüllt die in Anhang VII genannten Anforderungen hinsichtlich der Ausgabenprüfung.

Der Rechnungsprüfer prüft, ob die von den Zuschussempfängern angegebenen Kosten und die Einnahmen aus der Maßnahme tatsächlich entstanden, ordnungsgemäß erfasst und nach dem Vertrag förderfähig sind. Im Ausgabenprüfungsbericht werden alle Ausgaben erfasst, die in früheren Ausgabenprüfungsberichten nicht erfasst wurden.

Ist kein Ausgabenprüfungsbericht erforderlich, so wird für jeden zweiten Antrag auf weitere Vorfinanzierungszahlungen beginnend mit dem zweiten Antrag auf eine weitere Vorfinanzierungszahlung (d.h. 3., 5., 7. ... Vorfinanzierungszahlung) eine detaillierte Aufschlüsselung der Ausgaben in den vorangegangenen noch nicht erfassten Berichtszeiträumen vorgelegt.

Die detaillierte Aufschlüsselung der Ausgaben enthält für jede Kostenrubrik des Finanzberichts und für alle zugrundeliegenden Einträge und Transaktionen folgende Informationen: Betrag des Eintrags bzw. der Transaktion, Buchungsreferenz (z.B. Hauptbuch, Tagebuch oder sonstige einschlägige Buchungsreferenz), Beschreibung des Eintrags bzw. der Transaktion (Art der Ausgabe) und Verweis auf zugrunde liegende Unterlagen (z. B. Rechnungsnummer, Gehaltsabrechnung oder sonstige einschlägige Belege) gemäß Artikel 16 Absatz 1. Sie wird in elektronischer Form, nach Möglichkeit in Tabellenformat (Excel oder ähnliches Format), vorgelegt.

Der detaillierten Aufschlüsselung der Ausgaben wird eine ehrenwörtliche Erklärung des Koordinators beigefügt, in der dieser bestätigt, dass die im Zahlungsantrag gemachten Angaben vollständig, zuverlässig und wahrheitsgetreu sind und dass die angegebenen Kosten tatsächlich entstanden sind und nach diesem Vertrag als förderfähig gelten.

Der Abschlussbericht enthält in jedem Fall eine detaillierte Aufschlüsselung der Ausgaben für die gesamte Maßnahme abdeckt.

Handelt es sich beim Koordinator um eine Behörde oder sonstige öffentliche Stelle, kann der öffentliche Auftraggeber eine detaillierte Aufschlüsselung der Ausgaben als Ersatz für die Ausgabenprüfung akzeptieren.

Nach Artikel 5 Absatz 2 der Besonderen Bedingungen legt der Koordinator keinen Ausgabenprüfungsbericht und keine detaillierte Aufschlüsselung der Kosten vor, wenn die Ausgabenprüfung unmittelbar durch das Personal des öffentlichen Auftraggebers, durch die Kommission oder durch eine durch sie dazu ermächtigte Stelle erfolgt.

Finanzielle Sicherheitsleistung

- 15.8. Übersteigt der Zuschuss 60 000 EUR, so kann die der öffentliche Auftraggeber eine finanzielle Sicherheitsleistung in Höhe der ersten Vorfinanzierungszahlung fordern.

Die finanzielle Sicherheitsleistung nach dem Muster in Anhang VIII lautet auf EUR oder auf die Währung des öffentlichen Auftraggebers und, sofern der öffentliche Auftraggeber nicht einer anderen Regelung zustimmt, wird von einer zugelassenen Bank oder Finanzinstitution geleistet, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union niedergelassen ist. Diese Sicherheitsleistung bleibt in Kraft bis zur Freigabe durch den öffentlichen Auftraggeber nach Zahlung des Restbetrags.

Diese Bestimmung gilt nicht, wenn es sich bei dem Koordinator um eine Organisation ohne Erwerbszweck, eine Organisation, die eine Partnerschaftsrahmenvereinbarung mit der Europäischen Kommission unterzeichnet hat, eine Behörde oder sonstige öffentliche Stelle handelt, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist.

Regeln für die Währungsumrechnung

- 15.9. Die Zahlungen des öffentlichen Auftraggebers an den Koordinator werden auf das im Formular „Finanzangaben“ im Anhang V angegebene Bankkonto überwiesen; dies ermöglicht die Identifizierung der vom öffentlichen Auftraggeber ausgezahlten Mittel. Der öffentliche Auftraggeber leistet die Zahlungen nach Maßgabe der Besonderen Bedingungen in der Währung seines Landes oder in EUR.

Die Kostenangaben in den Berichten sind auf der Grundlage der für die Zuschussempfänger geltenden Rechtsvorschriften und Rechnungsprüfungsnormen in der in den Besonderen Bedingungen genannten Währung zu machen und können aus Abrechnungen übernommen werden, die auf andere Währungen lauten. In einem solchen Fall erfolgt zum Zwecke der Berichterstattung eine Umrechnung in die in den Besonderen Bedingungen genannte Währung zu dem Kurs, zu dem der Beitrag des öffentlichen Auftraggebers in den Büchern der Zuschussempfänger eingetragen wurde, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist.

Kosten, die in einer anderen als der in den Büchern der Zuschussempfänger verwendeten Währung entstehen, werden zu dem am Zahlungstag geltenden monatlichen InforEuro-Wechselkurs - oder gemäß den üblichen Rechnungsführungsverfahren der Zuschussempfänger, sofern dies in den Besonderen Bedingungen vorgesehen ist - umgerechnet.

Im Falle einer außergewöhnlichen Wechselkursschwankung beraten die Vertragsparteien miteinander über eine Änderung der Maßnahme, um die Auswirkungen der Schwankung zu verringern. Gegebenenfalls kann der öffentliche Auftraggeber zusätzliche Maßnahmen treffen, wie z.B. die Kündigung des Vertrags.

16. ARTIKEL 16 – BUCHFÜHRUNG UND TECHNISCHE UND FINANZIELLE KONTROLLE

Buchführung

- 16.1. Die Zuschussempfänger führen über die Durchführung der Maßnahme genau und regelmäßig Buch und verwenden hierfür ein geeignetes Rechnungsführungssystem und ein System der doppelten Buchführung.

Die Bücher

- a) können entweder Bestandteil des normalen Systems der Zuschussempfänger oder an dieses angeschlossen sein,
 - b) entsprechen den in dem betreffenden Land geltenden Rechnungs- und Buchführungsgrundsätzen und
 - c) ermöglichen eine einfache Rückverfolgung, Identifizierung und Prüfung von Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Maßnahme.
- 16.2. Der Koordinator gewährleistet, dass der nach Artikel 2 erforderliche Finanzbericht vorschriftsmäßig und leicht mit dem Rechnungs- und Buchführungssystem und den zugrunde liegenden Buchungsunterlagen und sonstigen einschlägigen Aufzeichnungen abgeglichen werden kann. Zu diesem Zweck erteilen die Zuschussempfänger geeignete Abgleiche, Belegverzeichnisse, Analysen und Aufschlüsselungen und bewahren sie zur Einsicht und Prüfung auf.

Zugangsrecht

- 16.3. Die Zuschussempfänger gestatten Prüfungen durch die Europäische Kommission, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung, den Europäischen Rechnungshof und externe vom öffentlichen Auftraggeber ermächtigte Rechnungsprüfer. Die Zuschussempfänger ergreifen alle Maßnahmen, um deren Arbeit zu erleichtern.
- 16.4. Die Zuschussempfänger gestatten den oben genannten Stellen bzw. Personen
- a) Zugang zu den Standorten, an denen die Maßnahmen durchgeführt wird,
 - b) die Prüfung von Rechnungsführungs- und Informationssystemen, Unterlagen und Datenbanken von Relevanz für die technische und finanzielle Verwaltung der Maßnahme,
 - c) das Kopieren von Unterlagen,
 - d) Vor-Ort-Kontrollen und
 - e) eine vollständige Rechnungsprüfung auf der Grundlage der Buchungsunterlagen und der sonstigen die Finanzierung der Maßnahme betreffenden Unterlagen.
- 16.5. Darüber hinaus wird dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung gestattet, gemäß den in den Rechtsvorschriften der Europäischen Union festgelegten Verfahren zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union gegen Betrug und andere Unregelmäßigkeiten vor Ort Prüfungen und Kontrollen vorzunehmen.

Die Ergebnisse können gegebenenfalls zur Wiedereinzahlung von Mitteln durch die Kommission führen.

- 16.6. Den Bevollmächtigten der Europäischen Kommission, des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs sowie dem externen, vom öffentlichen Auftraggeber bevollmächtigten Rechnungsprüfer, der die nach diesem Artikel und nach Artikel 15 Absatz 7 erforderliche Prüfung vornimmt, wird der Zugang unbeschadet der ihnen obliegenden öffentlich-rechtlichen Pflichten auf der Grundlage der Vertraulichkeit gegenüber Dritten gewährt.

Führung von Aufzeichnungen

- 16.7. Die Zuschussempfänger bewahren sämtliche Aufzeichnungen, Buchungsunterlagen und Belege im Zusammenhang mit diesem Vertrag auf und zwar für fünf Jahre nach Zahlung des Restbetrags, für drei Jahre bei Zuschüssen im Wert von höchstens zu 60 000 EUR und in jedem Fall bis zum Abschluss aller Prüfungen, Rechtsbehelfs- und Streitverfahren oder Verfahren zur Durchsetzung von Ansprüchen.

Die Unterlagen müssen leicht zugänglich und so geordnet sein, dass ihre Prüfung erleichtert wird, und der Koordinator hat den öffentlichen Auftraggeber über ihren genauen Aufbewahrungsort zu unterrichten.

- 16.8. Alle Belege werden in ihrer ursprünglichen - auch elektronischen - Form aufbewahrt.

- 16.9. Neben den in Artikel 2 genannten Berichten gehören zu den in diesem Artikel vorgesehenen Unterlagen:

- a) (elektronische oder manuelle) Rechnungsführungsunterlagen aus dem Rechnungsführungssystem der Zuschussempfänger, z. B. Hauptbuch, Nebenbücher und Gehaltskonten, Sachanlagenverzeichnisse und sonstige einschlägige Rechnungsführungsinformationen,
- b) Belege für Beschaffungsverfahren, z. B. Ausschreibungsunterlagen, Angebote der Bieter und Bewertungsberichte,
- c) Belege für Verpflichtungen, z. B. Verträge und Auftragsscheine,
- d) Belege für die Erbringung von Dienstleistungen, z. B. genehmigte Berichte, Arbeitszeitchroniken, Fahrausweise, Belege für die Teilnahme an Seminaren, Konferenzen und Lehrgängen (einschließlich der erhaltenen einschlägigen Unterlagen und Materialien, Bescheinigungen) usw.,
- e) Belege für den Eingang von Waren, z. B. Lieferscheine von Lieferanten,
- f) Belege für den Abschluss von Bauleistungen, z. B. Abnahmebescheinigungen,
- g) Belege für den Erwerb von Waren, z. B. Rechnungen und Quittungen,
- h) Zahlungsbelege, z. B. Kontoauszüge, Lastschriftanzeigen, Zahlungsbestätigung des Auftragnehmers,
- i) Belege, dass gezahlte Steuern und/oder die Mehrwertsteuer nicht zurückgefordert werden können,
- j) über die Ausgaben für Kraftstoff und Öl: eine Liste mit den zurückgelegten Strecken, dem Durchschnittsverbrauch der Fahrzeuge, dem Kraftstoffpreis und den Wartungskosten,
- k) Personal- und Gehaltsunterlagen, z. B. Verträge, Gehaltsabrechnungen, Arbeitszeitchroniken. Für Mitarbeiter, die vor Ort mit befristeten Verträgen eingestellt worden sind: Einzelheiten der gezahlten Vergütung, die von dem örtlich Zuständigen ordnungsgemäß bestätigt und nach Bruttogehalt, Sozialabgaben, Versicherung und Nettogehalt aufgliedert sind. Für im Ausland bzw. in Europa (falls die Maßnahme in Europa durchgeführt wird) tätige Mitarbeiter: Analysen und Aufschlüsselungen der monatlichen Ausgaben für tatsächlich geleistete Arbeit, die in Preisen pro überprüfbarer Arbeitszeiteinheit angegeben und nach Bruttogehalt, Sozialabgaben, Versicherung und Nettogehalt aufgeschlüsselt sind.

17. ARTIKEL 17 – ENDGÜLTIGER ZUSCHUSSBETRAG

Endgültiger Betrag

- 17.1. Der Zuschuss darf die in Artikel 3 Absatz 2 der Besonderen Bedingungen als absoluter Betrag oder Prozentsatz festgelegte Obergrenze nicht überschreiten.
- 17.2. Liegen die förderfähigen Kosten der Maßnahme bei Abschluss derselben unter den geschätzten förderfähigen Kosten nach Artikel 3 Absatz 1 der Besonderen Bedingungen, so beschränkt sich der Zuschuss auf den Betrag, der sich unter Anwendung des in Artikel 3 Absatz 2 der Besonderen Bedingungen festgelegten Prozentsatzes auf die vom öffentlichen Auftraggeber genehmigten förderfähigen Kosten der Maßnahme ergibt.

Ohne Gewinn

- 17.3. Soweit in Artikel 7 der Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, darf der Zuschuss nicht dazu führen, dass die Zuschussempfänger einen Gewinn erwirtschaften. Als „Gewinn“ gilt ein Überschuss an Einnahmen gegenüber den vom öffentlichen Auftraggeber genehmigten förderfähigen Ausgaben zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag auf Zahlung des Restbetrags gestellt wird
- 17.4. Als Einnahmen zu berücksichtigen ist der Gesamtbetrag der einer der beiden nachstehenden Kategorien zuzurechnenden Einnahmen an dem Tag, an dem der Koordinator die Zahlung des Restbetrags beantragt:
- a) Einnahmen, die im Zusammenhang mit der Maßnahme entstehen, sofern in den Besonderen Bedingungen nicht anderes festgelegt ist;
 - b) Beiträge der Geber zur Finanzierung der auf der Grundlage dieses Vertrags finanzierten förderfähigen Kosten. Finanzbeiträge, die die Zuschussempfänger zur Deckung anderer als der nach diesem Vertrag förderfähigen Kosten verwenden dürfen oder die im Falle der Nichtverwendung nicht dem Geber erstattet werden müssen, gelten nicht als Einnahmen, die bei der Prüfung, ob der Zuschuss zur Erwirtschaftung eines Gewinns durch die Zuschussempfänger führt, zu berücksichtigen sind.
- 17.5. Bei Betriebskostenzuschüssen gelten Beträge, die zur Bildung von Rückstellungen verwendet werden, nicht als Einnahmen.
- 17.6. Würde die nach Maßgabe dieses Vertrag festgesetzte endgültige Höhe des Zuschusses zur Erwirtschaftung eines Gewinns führen, so wird der Zuschussbetrag um den prozentualen Anteil des Gewinns gekürzt, der dem endgültigen Beitrag der Union zu den vom öffentlichen Auftraggeber genehmigten förderfähigen Kosten entspricht.
- 17.7. Die Bestimmungen des Artikels 17 Absatz 3 gelten nicht für
- a) Maßnahmen, die zum Ziel haben, die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Zuschussempfängers zu stärken, sofern dies in Artikel 7 der Besonderen Bedingungen vorgesehen ist;
 - b) Maßnahmen, bei denen Einnahmen erzielt werden, um die Fortsetzung der Maßnahmen über das Vertagende hinaus zu gewährleisten, sofern dies in Artikel 7 der Besonderen Bedingungen vorgesehen ist;
 - c) sonstige direkte Unterstützung für bedürftige Menschen wie Arbeitslose und Flüchtlinge, sofern dies in Artikel 7 der Besonderen vorgesehen ist;

- d) Studien-, Forschungs- und Berufsausbildungsstipendien, die natürlichen Personen gezahlt werden;
- e) Zuschüsse im Wert von höchstens zu 60 000 EUR.

18. ARTIKEL 18 EINZIEHUNG ZU UNRECHT GEZAHLTER BETRÄGE

Einziehung

- 18.1. Wird dem Koordinator ein Betrag zu Unrecht ausgezahlt, oder ist eine Einziehung nach diesem Vertrag gerechtfertigt, so verpflichtet sich der Koordinator, die entsprechenden Beträge an den öffentlichen Auftraggeber zurückzuzahlen.
- 18.2. Insbesondere schließt die Auszahlung von Beträgen die Möglichkeit nicht aus, dass der öffentliche Auftraggeber im Anschluss an einen Ausgabenprüfungsbericht, eine Rechnungsprüfung oder eine weitere Prüfung des Zahlungsantrags eine Einziehungsanordnung erteilt.
- 18.3. Wird bei einer Prüfung festgestellt, dass die von den Zuschussempfängern zur Bestimmung von Einheitskosten, Pauschalbeträgen oder Pauschalsätzen verwendeten Methoden nicht den Anforderungen dieses Vertrags entsprechen und dass daher Beträge zu Unrecht gezahlt worden sind, so ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, diese Beträge anteilmäßig bis zur Höhe der Einheitskosten, Pauschalbeträge oder Pauschalsätze einzuziehen.
- 18.4. Der Koordinator verpflichtet sich, alle über den fälligen endgültigen Betrag hinausgehenden erhaltenen Beträge an den öffentlichen Auftraggeber innerhalb von 45 Tagen ab Ausstellung der Lastschriftanzeige zurückzuzahlen, wobei unter der Lastschriftanzeige das Schreiben verstanden wird, mit dem der öffentliche Auftraggeber den Betrag anfordert, den der Koordinator an ihn zu zahlen hat.

Verzugszinsen

- 18.5. Sollte der Koordinator die Rückzahlung nicht innerhalb der vom öffentlichen Auftraggeber genannten Frist leisten, kann der öffentliche Auftraggeber Zinsen auf diese Beträge aufschlagen, und zwar
 - a) zum Rediskontsatz der Zentralbank des Landes des Auftraggeber für Zahlungen in der Währung dieses Landes oder
 - b) zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegten und in der Reihe C des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichten Zinssatz für Zahlungen in EUR

am ersten Tag des Monats, in dem die Frist abläuft, plus dreieinhalb Prozentpunkte. Die Verzugszinsen werden für den Zeitraum von der vom öffentlichen Auftraggeber gesetzten Zahlungsfrist bis zum Tag der tatsächlichen Zahlung berechnet. Etwaige Teilzahlungen decken zunächst die auf diese Weise anfallenden Zinsen.

Ausgleich

- 18.6. Die an den öffentlichen Auftraggeber zurückzuzahlenden Beträge können gegen dem Koordinator geschuldete Beträge jeder Art aufgerechnet werden. Dies lässt das Recht der Vertragsparteien unberührt, Ratenzahlung zu vereinbaren.

Sonstige Bestimmungen

- 18.7. Die Rückzahlung von Beträgen nach Artikel 18 Absatz 4 und der Ausgleich nach Artikel 18 Absatz 7 sind mit der Zahlung des Restbetrags gleichzusetzen.
- 18.8. Bankgebühren, die wegen der Rückzahlung dem öffentlichen Auftraggeber geschuldeter Beträge anfallen, sind vollständig vom Koordinator zu tragen.
- 18.9. Die Sicherheitsleistungen für die Vorfinanzierungen können zum Ausgleich der vom Zuschussempfänger noch geschuldeten Beträge in Anspruch genommen werden, wobei der Sicherheitsgeber die Zahlung aus keinem Grund verzögern und keine Einwände dagegen erheben darf.
- 18.10. Unbeschadet der Vorrechte des öffentlichen Auftraggebers kann die Europäische Union als Geber erforderlichenfalls selber Beträge einziehen.
